

Pressemitteilung

Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt

Katja Bolza-Schünemann M.A.

09.01.2023

<http://idw-online.de/de/news807379>

Kooperationen, wissenschaftliche Weiterbildung
Gesellschaft, Pädagogik / Bildung, Philosophie / Ethik, Politik, Recht
überregional



9. Menschenrechtswoche: Human Rights sind alternativlos, ohne sie führt es in die Tyrannei

Die Themenwoche ist zu einem festen Bestandteil der THWS geworden und feiert 2023 ihr Jubiläum

Wann und wie ist das Leben lebenswert – diese und weitere Fragen hat die Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt (THWS) in ihrer „9. Menschenrechtswoche“ gestellt. Zu zwanzig Vorträgen, zwei Filmen sowie einer Podiumsdiskussion hatte das Organisationsteam mit Prof. Dr. Theresia Wintergerst, Prof. Dr. Oliver Bertsche sowie Prof. Dr. Ralph-Christian Amthor eingeladen. Den thematischen Hintergrund bildet die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948. Im Jahr 2014 wurde die Menschenrechtswoche an der Hochschule erstmalig mit einer Kombination aus Informationen, Fragen, Filmen, Aufführungen und Gesprächen an der FHWS angeboten. Die Themenwoche hat sich gut etabliert und erreicht neben Studierenden der Sozialwissenschaften auch Interessierte aus weiteren Fakultäten sowie die Öffentlichkeit.

Ein Auszug aus einzelnen Veranstaltungen der Themenwoche.

Die Dekanin der Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften, Prof. Dr. Dagmar Unz, begrüßte die Teilnehmenden im Hörsaal sowie die online Zugeschalteten. Sie wies darauf hin, dass Menschenrechte unveräußerlich und universell seien. Anlässlich des 75. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sei das Motto „Würde, Freiheit und Gerechtigkeit für alle“ ausgegeben worden. Wie fragil erreichte Fortschritte seien, habe man im Rahmen der Pandemie sowie des Krieges zwischen der Ukraine und Russland gesehen. Im kommenden Jahr 2023 wolle die Fakultät die 10. Menschenrechtswoche an der THWS feiern.

Stefan Lutz-Simon von der Jugendbildungsstätte Unterfranken startete die 9. Menschenrechtswoche mit 230 online zugeschalteten sowie vielen weiteren Teilnehmenden im Hörsaal mit dem Thema „Rassismuskritik in der Praxis“. Bei den Menschenrechten handle es sich um die Anerkennung der angeborenen Würde: „Menschenrechte sind alternativlos. Das Gegenteil führt zur Tyrannei,“ so der Referent. Er zeigte chronologisch pädagogische Modelle im Kontext von Migration auf, angefangen von der Ausländerpädagogik der 1970/80er Jahre, in der Migration als Störung empfunden worden sei, über die antirassistische Pädagogik der 1990er Jahre, die Vielfalt als etwas Bedrohtes wahrgenommen habe, bis hin zur reflexiven interkulturellen Pädagogik, die Selbst- und Machtreflexion als leitende Prinzipien durchsetzte.

„Über Solidarität zwischen Revolution und Krieg - Perspektiven aus der belarussischen Opposition“ gab Prof. Dr. Olga Shparaga, Institut für die Wissenschaften von Menschen in Wien, Einblicke und Informationen. Die Philosophin hatte Weißrussland verlassen. Sie zeigte auf, wie hundert Tage Protest in Belarus 2020 verliefen, und nahm eine Aussage des Dozenten der Akademie der Wissenschaften, Sjarhej Garanin, auf, der in der Zeitung „Novy Chas“ am 23. November 2022 zitiert wird: „Das Leitmotiv des geistigen oder, sagen wir, emotionalen Lebens der Menschen unter diesen Bedingungen ist es, sich zu verstecken, nicht teil des Systems zu werden, es bedeutet, `kein Vieh zu sein`. Es gibt immer noch Widerstand. Das Jahr 2020, das, was es damals gab – gegenseitige Hilfe, Solidarität, Menschlichkeit – das ist alles

noch da, es ist nur in den Gefängnissen geschlossen. Geschlossen, aber erhalten.“

Mit dem Thema „Gewalt und Zwang in Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung“ setzen sich Prof. Dr. jur. Dagmar Brosey von der Technischen Hochschule Köln, Prof. Dr. Tanja Henking und der Doktorand Malte Klemmt von der FHWS auseinander. Berichtet wurde von einem Projekt, das im Auftrag des Bayerischen Ministeriums für Gesundheit und Pflege erfolgte und 2022 abgeschlossen wurde. Sie plädierten dafür, die Rechte der Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen bzw. erheblich herausforderndem Verhalten zu stärken. Es sei festzustellen, dass in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe eine Vielzahl an freiheitsentziehenden Maßnahmen (Einschluss, Fixierung, medikamentöse Sedierung (Dämpfung), Signal- und Schließsysteme, Videoüberwachung u. w.) angewendet werde, bei denen die Gründe rechtlich nicht immer tragfähig seien. Technische Hilfsmittel sowie Kommunikationstechnologien würden nur selten als alternative Mittel zu freiheitsentziehenden Maßnahmen eingesetzt.

Im Rahmen von „Wissenschaft meets Menschenrechte“ stellte Luisa Schulte-Overberg ihre Masterarbeit vor: Sie beschäftigt sich mit der „Fürsorge für Mutter und Kind im Nationalsozialismus. Der `Lebensborn e. V.` (1933 – 1945)“. Die Sozialarbeitswissenschaftlerin erläuterte, wie sich der Verein als Teil des Wohlfahrtssystems an der Mitarbeit am Aufbau sowie der Ausgrenzung und Vernichtung von als unwert definiertem Leben beteiligte. Er machte sich dadurch an den Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig. Ziel war es, so Schulte-Overberg, auf der Grundlage der sogenannten „Rassehygiene“ die Zahl der gesunden, „arischen“ Kinder deutlich zu erhöhen. Unverheiratete Mädchen und Frauen sollten in dem konservativen System die Schwangerschaft entweder abbrechen oder die Kinder anonym entbinden und diese durch „deutsche“ Familien adoptieren lassen.

Die Frage nach lebenswertem Leben ist eine menschliche Grundfrage, so Dr. Barbara Schmitz von der Universität Basel. Sie trete vor allem dann auf, wenn es um schwierige Lebensphasen gehe wie z. B. Suizid, pränatale Diagnostik, Behinderung, Alter oder Krankheit. Schon bei den historischen Philosophen Platon und Aristoteles habe es eine Geringschätzung behinderter Menschen gegeben. Auch bei vorgeburtlichen Untersuchungen (Pränataldiagnostik) gebe es die Diskussion um ein „wrongful life“, ein mögliches „ungerechtfertigtes“ Leben. Ihr sei bei der Beschäftigung mit dem Thema wichtig, Menschen mit Behinderung zuzuhören: So sagten etwa 80 Prozent der Menschen mit einem „Locked-In-Syndrom“, bei dem man bei vollstem Bewusstsein „eingeschlossen“ ist, sie fänden das Leben weiterhin lebenswert. Es fände bei einer Behinderung häufig eine Verschiebung der Werte statt: „Früher wollte ich stark sein, gesund sein und in allen Situationen funktionieren. Heute sind Offenheit, Toleranz, die persönliche Entwicklung und Humor wichtige Werte geworden.“

Relevant sei bei der Frage nach dem Lebenswert auch die Gesellschaft: Diese präge die Sicht auf lebenswertes Leben und schaffe die gesellschaftlichen, finanziellen, rechtlichen Bedingungen. Die Herausforderung: „Resonanz widerfährt uns, sie ist nicht planbar“, so zitiert Schmitz den Soziologen Hartmut Rosa.

„Sin City? Jüdisches Leben und Antisemitismus in Würzburg“ lautete das Thema von Dr. Riccardo Altieri, Leiter des Johanna-Stahl-Zentrums in Würzburg. Er gab einen historischen Überblick in die wechselvolle, neunhundertjährige Geschichte und Kultur jüdischen Lebens in Unterfranken. Diese reichte von einem friedlichen Miteinander und der Wiederansiedlung von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern über den Bau einer Synagoge, Vertreibungen, Pogrome bis hin zur Vernichtung während der Zeit des Nationalsozialismus.

Altieri gab einen Überblick über Museen, Synagogen im Umkreis von Würzburg, Archive, Datenbanken, Kulturveranstaltungen und Grabstein-Übersetzungen, die Erinnerungskultur mit „DenkOrt Deportation e.V.“, einen filmischen Beitrag des Bayerischen Rundfunks. Aktuell habe die jüdische Gemeinde 880 Gemeindemitglieder, der größte Teil sei überaltert. Der Nachwuchs umfasse etwa zehn Mitglieder in der jüdischen Studierendenorganisation, einen Kindergarten oder eine Schule sowie Einkaufsmöglichkeiten koscherer Lebensmittel gäbe es nicht.

Das jüdische Leben sei weiterhin bedroht: So sei beispielsweise der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, im Visier des iranischen Geheimdienstes; der Eingang zur Würzburger Synagoge ist streng gesichert. Die Markierung von nicht gegen das Corona-Virus geimpfte Personen mit einem gelben Punkt als Anlehnung an den gelben Stern während der Zeit des Nationalsozialismus werde von einem Staatsanwalt mit dem Hintergrund einer möglichen jüdenfeindlichen Straftat verfolgt.

Die die 9. Menschenrechtswoche begleitende Ausstellung von Stolpersteine Würzburg dokumentiert auf Rollups Menschen, die als „Asoziale“ bzw. „Berufsverbrecher“ im Nationalsozialismus - ausgegrenzt, inhaftiert und vernichtet wurden.

wissenschaftliche Ansprechpartner:

Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt

Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften

Prof. Dr. Ralph-Christian Amthor

ralph.amthor@thws.de

Prof. Dr. Oliver Bertsche

oliver.bertsche@thws.de

Prof. Dr. Theresia Wintergerst

theresia.wintergerst@thws.de

URL zur Pressemitteilung: <https://fas.thws.de/fakultaet/menschenrechtswoche/2022/>

URL zur Pressemitteilung:

<https://fas.thws.de/fakultaet/menschenrechtswoche/2022/informationen-zu-den-vortragenden/>